ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Mitgliederversammlung*

Tagesordnungspunkt: *#9.1 Leitantrag*

LANEUang: Weil´s uns um mehr geht - Wahlkampfprogramme 2022

Antragstext

Weil’s uns um mehr geht.

JUNOS Schüler_innen ist kein Selbstzweck. Uns geht’s nicht einfach darum, große Partys zu veranstalten. Uns geht’s nicht darum, einfach nur ein großer Freundeskreis zu sein. Uns geht’s nicht darum, eine weitere Sandkiste für die Politiker_innen von morgen zu sein. Uns geht’s um mehr.

Wir haben uns vor eineinhalb Jahren gegründet, weil es so nicht mehr weitergehen kann.

Weil es endlich eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule braucht, die uns wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten Bürger_innen macht. Weil wir kein Schulsystem wollen, das seine Schüler_innen nur in Schubladen steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten, die sie für ein freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen Bildungssystem nicht mehr, sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie und Transparenz für uns selbstverständlich sind.

Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen: Uns geht es um eine **Schule der Freiheit**. Eine Schule, die uns zu mündigen Bürger_innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen bietet. Eine Schule, die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

Dieses Programm geht auch mit einem Anspruch einher. Wir wollen die Landesschüler_innenvertretungen und die Bundesschüler_innenvertretung endlich zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die Schüler_innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil dieses Wahlprogramms vorlegen.

Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landesschüler_innenvertretungen auch umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landesschüler_innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen. Mit ihnen wollen wir das Potenzial des weltweit einzigartigen österreichischen Systems der Schüler_innenvertretung endlich ausschöpfen!

Weil´s uns um mehr geht!

Bundesteil

Mündigkeit

Die Mündigkeit als Zielvorstellung muss in der gesamten Schullaufbahn im Vordergrund stehen. Neben grundlegenden Ausdrucksfähigkeiten in Wort und Schrift gehört zur Mündigkeit auch die Fähigkeit, Sachverhalte einordnen zu können. In diesem Sinne fordern wir eine verstärkte Fokussierung auf grundlegende politische und wirtschaftliche Bildung in der Schule.

Politische Mündigkeit

Der eigenständige Schwerpunkt “Politische Bildung”

Politische Bildung ist ein essenzieller Teil der Bildung zur Mündigkeit, wie sie uns vorschwebt. Die derzeitige Situation, und vor allem die Verankerung im Lehrplan des Faches “Geschichte und politische Bildung” wird der enormen Bedeutung der Sache schlichtweg nicht gerecht. Allzu oft wird die politische Bildung hier als Anhängsel gesehen, als Detail. Um der politischen Bildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient, kommen wir nicht umhin, sie aus diesem Fach auszugliedern.

Rechte erklären als Basis

Jeder Mensch hat Rechte. Wer diese Rechte aber nicht kennt, der kann sie nicht einfordern. Es ist also wichtig, dass wir schon in der Schule über unsere Rechte in unserer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft aufgeklärt werden. Das sollte mit den allgemeinen Menschenrechten beginnen, aber sich nicht auf sie beschränken. Auch Frauenrechte, Minderheitenrechte und Kinderrechte sollten allen gelehrt werden. Das darf sich auch nicht auf ein reines Auswendiglernen beschränken. Das Ziel muss es sein, dass diese Rechte mit Leben erfüllt werden, dass die Schülerinnen und Schüler sie als Teil ihrer eigenen

Existenz wahrnehmen. Rechte sind nichts abstraktes, sondern die Basis unserer Gesellschaft.

Institutionenkunde

Jahr für Jahr verlassen Schülerinnen und Schüler das Bildungssystem, ohne wirklich gut über die österreichischen und europäischen Institutionen Bescheid zu wissen. Das ist unserer Meinung nach eine der vielen österreichischen Bildungslücken, aber auch eine der schwerwiegendsten. Deshalb wollen wir das Thema Institutionenkunde viel stärker in den Lehrplan aufnehmen. Institutionenkunde lässt sich auf vier Ebenen herunterbrechen, die nacheinander und in folgender Reihenfolge behandelt werden sollen: Bund, Land, Gemeinde, Europäische Union. Am längsten behandelt werden soll der Bund und EU, die Gemeinde und das Land sollen aber ebenfalls nicht zu kurz kommen.

SV-Aufklärung

Gerade vor Klassensprecher_innen- und Schüler_innenvertrer_innenwahlen sollte im Lehrplan auch eine Beschreibung des österreichischen Schüler_innenvertretungssystems vorgesehen sein. Um effiziente Vertretungen zu haben, braucht es auch ein breites Wissen über deren Existenz. Es ist eine Schande, dass sogar vielen gewählten Schüler_innenvertrer_innen ihr Wissen über den Aufbau der Schüler_innenvertretung in Österreich von den politischen Schüler_innenorganisationen mitgegeben werden muss. Echte Mündigkeit verlangt hier Transparenz und Aufklärung, und das möglichst früh.

Hinter reine Slogans schauen lernen

Politische Bildung ist jedoch mehr als nur Institutionenkunde. Politik besteht schließlich nicht nur aus Institutionen. Mindestens ebenso relevant ist es, zu verstehen, wie und warum Politik gemacht wird. Moderne Politik ist geprägt von Ideologien, Konzeptionen der Zukunft und Analyseformen der Gegenwart, die leider allzu oft nur in den politischen Akademien der Parteien gelehrt werden. Das wollen wir ändern. Die politische Bildung soll dementsprechend auch eine Einführung in die großen westlichen Ideologien der Moderne bieten: Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus, aber auch Kommunismus und Nationalsozialismus.

Gerade wenn es um die Analyse von Ideologien und politischem Denken geht, sollte der Unterricht aber auch nicht dogmatisch sein. Es kann und darf nicht sein, dass der Staat durch die Bildung eine gewisse Konzeption einer Ideologie in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler schreibt. Viel eher muss es der Anspruch

sein, den Diskurs auch innerhalb des politischen Denkens zu analysieren. Es muss aber auch, insbesondere bei den verfassungsfeindlichen Ideologien, eine Analyse der Folgen dieses Denkens geben.

Religiöse Mündigkeit

Ethikunterricht als Grundlage

Ethikunterricht ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, und er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen. Wir wollen, dass bis zum erreichen der Religionsmündigkeit mit 14 Jahren jede Schülerin und jeder Schüler den Ethikunterricht besucht. Danach soll auch Religionsunterricht möglich sein.

Schule für alle

Schule sollte ein Ort sein an dem sich alle Schüler_innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht, es vermittelt das diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören, und das dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

Eine echte Diskussionskultur schaffen

Diskussionen sind ein wichtiger Beitrag zum politischen Leben. Gerade die Schule läuft allzu oft Gefahr das Gelernte zum einzig “richtigen” zu erheben. Doch die Schule muss auch zeigen, dass eine gesunde, höfliche und faktenbasierte Debatte ein positiver und wichtiger Beitrag ist. Dies kann nur funktionieren, wenn auch in der Schule eine echte Diskussionskultur entsteht.

Podiumsdiskussionen fördern

Podiumsdiskussionen sollten sich also nicht nur auf die wenigen Wochen vor einer Wahl beschränken, sondern zu einem zentralen Element des Schulalltags werden. Diskussionen kann man selbstverständlich nicht erzwingen. Doch der Schulhalter hat durchaus Möglichkeiten, diese zu attraktivieren, und vor allem das Finden

von Gästen zu erleichtern. Damit mehr Diskussionen und Podien von Lehrkräften und den Direktionen organisiert werden, können Weiterbildungen angeboten werden. Es ist von großer Bedeutung, dass Schuldiskussionen nicht als unangenehmer Aufwand, sondern als Chance für die Schülerinnen und Schüler und die Schule als Ganze gesehen werden. Wir sehen ebenfalls die LSVen in der Pflicht. Sie sollte proaktiv lokale SVen bei der Organisation von Podiumsdiskussionen unterstützen.

Diskussionen als Teil des Unterrichts

Es ist im Leben sehr wichtig, geradezu unverzichtbar sogar, die Fähigkeit zu besitzen, sich eine faktenbasierte eigene Meinung bilden zu können. Dies kann sowohl durch den richtigen Umgang mit den verschiedenen Medien als auch durch häufige Diskussionen realisiert werden. Unser Ziel ist es also, Diskussionen als fixen Bestandteil in den Lehrplan einzubauen, da sie die Meinungsbildung fördern, rhetorische Fähigkeiten verbessern und dabei helfen, andere Meinungen zu akzeptieren und zu verstehen. Zukünftig sollen in fast allen Fächern Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, wenn möglich auch fächerübergreifend.

Wirtschaftliche Mündigkeit

Für ein Leben in Freiheit ist jedoch nicht nur die Fähigkeit, sich eine fundierte politische Meinung bilden zu können von großer Bedeutung, sondern auch die konkrete Vertrautheit mit dem wirtschaftlichen Alltag. Sowie jede und jeder Lesen und Schreiben lernt, sollte auch jede und jeder ein grundlegendes Verständnis für gängige Finanzinstrumente erhalten. Financial Literacy sollte ein essenzielles Ziel der Schulbildung sein.

Der Rahmen

Momentan wird in der Schule kaum Wissen über wirtschaftliche Themen weitergegeben, es sei denn im Fach Geographie und Wirtschaftskunde. Doch auch hierbei kommt die Wirtschaft so gut wie immer zu kurz. Für uns ist es wichtig, dass die Schülerinnen und 12 Schüler schon in jungen Jahren die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems erlernen. Denn es kann nicht sein, dass anstatt Finanzkunde der Fokus auf die Bodenkultur in Österreich gelegt wird. Also fordern wir, dass während den ersten Jahren der Unterstufe die Geographie im Lehrplan langsam zur mehrheitlichen Wirtschaftskunde übergehen soll. Die Lehre der Geographie soll sich während der ersten Jahre möglichst ausschließlich auf grundlegendes Wissen beschränken.

Mikroökonomisches Verständnis schaffen

Wirtschaftliche Mündigkeit verlangt aus unserer Sicht mehr als nur das simple Kennen von Begriffen. Es muss den Schülerinnen und Schülern ebenfalls ein Verständnis für finanzielle Instrumente in die Hand gelegt werden. Hierbei muss der Erwerb von Kompetenzen im Vordergrund stehen - das Ziel muss es sein, dass jede und jeder grundsätzlich versteht, wie einzelne Instrumente, und welche Gefahren, Chancen und Verpflichtungen für den einzelnen daraus entstehen. Gängige Instrumente wie das Girokonto, der Bausparvertrag oder diverse Arten von Krediten müssen besprochen werden. Diese Art der Bildung darf nicht Banken überlassen werden, sondern muss bereits im Pflichtschulbereich beginnen, ist sie doch nötig für ein wirtschaftlich mündiges Leben.

Makroökonomisches Verständnis schaffen

Hier ist es wichtig, wie auch in der politischen Bildung, einen neutralen Ansatz zu privilegieren. Die von uns geforderte makroökonomische Grundbildung sollte sich auf eine Beschreibung und Analyse des heutigen Wirtschaftssystems beschränken, und dabei Zusammenhänge und Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung herausarbeiten. Wie immer geht es auch hier darum, den Schülerinnen und Schülern die grundlegenden Kenntnisse zu geben, um ihnen die Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen. Diese Materie kann man auch im Querschnitt mit geographischen Themen bearbeiten.

Chancengerechtigkeit

Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem Schüler und jeder Schülerin die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie nur immer neue Ungerechtigkeiten. Gerade in der mittleren Schulbildung wird im heutigen Schulsystem radikal differenziert. Wir wollen, dass diese Differenzierung zeitlich verschoben wird, und die Mittelschule eine echte gemeinsame Startlinie wird.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Wieso braucht es einen gemeinsamen Rahmen?

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Gymnasium oder Mittelschule. Während über 90% aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten später maturieren werden, sind die Chancen für

Mittelschülerinnen und Mittelschüler geringer. Die einen werden also wahrscheinlich in die Oberstufe gehen, maturieren, später womöglich studieren. Den anderen wird dieser Weg schwerer gemacht werden, vor allem auch, weil ihr Schultyp stark stigmatisiert ist.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung soll sich sowohl durch ihre gemeinsamen Standards, als auch durch ihre Öffnung für alle Gruppen von Schülerinnen und Schüler kennzeichnen. Vor allem aber zeichnet sie den Weg ihrer Schülerinnen und Schüler nicht schon implizit vor.

Wie soll die Differenzierung aussehen?

Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Laut der Hattie-Studie ist das Lernen in Kleingruppen, bezeichnet als “small-group-learning”, besonders sinnvoll. Mit einer Effektstärke von 0.49 zählt es im Gegensatz zum “ability grouping”, das bloß eine Effektstärke von 0.16 aufweist und demnach keinen positiven Einfluss auf die Lernleistung von Schüler_innen hat, zu den “sehr erfolgreichen pädagogischen Maßnahmen”.

Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schülerinnen und Schüler beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. Die Vorteile jener Methode liegen vor allem darin, dass die Anpassung des Unterrichts an die individuellen Interessen und Bedürfnissen der Lernenden in Kleingruppen leichter vonstatten gehen kann und ressourcenorientierter Unterricht möglich wird. In diesem Zusammenhang ist projektorientiertes Lernen anzuraten.

Welche Rolle für den Schulstandort?

Die Schulautonomie muss dort greifen, wo einheitliche Regelungen nicht mehr möglich/zweckdienlich sind. Es gilt: So einheitlich, wie nötig, aber so autonom, wie möglich. Dabei ist anzudenken, dass beispielsweise ein Basiscurriculum festgelegt wird, das unbedingt zu vermittelnde Inhalte auflistet. Diese dienen als Fundament, schulautonom differenzierter Unterricht kann darauf aufbauen, die Inhalte vertiefen oder festigen, zusätzlich neues Wissen vermitteln, etc.

Der Schulstandort soll ebenfalls über den endgültigen Grad der Differenzierungen entscheiden. Er soll selbstständig die Zahl der Lerngruppen festlegen, wenngleich sie nicht drei unterschreiten sollte, um die Qualität der individuellen Förderung zu erhalten.

Zukunftsfitte Ausstattung heißt autonome Ausstattung

Das 21. Jahrhundert mag in unseren Köpfen schon Realität sein, in vielen österreichischen Schulen ist es aber noch nicht angekommen. Das muss sich ändern. Die Schule, die uns vorschwebt, ist schließlich keine Schule der Vergangenheit, sondern der Zukunft.

Schnelles Internet

Der Bund muss seine Verpflichtungen wahrnehmen, und für schnelles Internet an jedem Standort sorgen. Diese Verbindung sollte auch, gerade um jenen zu helfen, die es nicht zuhause haben, jeder und jedem zur Verfügung stehen.

Finanzierung nach Schüler_innenzahl

Alle weitere Ausstattung sollte nicht den Schulen vorgeschrieben werden, sondern von ihnen selbst angeschafft werden. Um den Schulen die Mittel zu geben, die sie brauchen, ist für uns klar, dass das Geld den Schülerinnen und Schülern folgen soll. Jede Schülerin und jeder Schüler mehr bedeutet also auch mehr Mittel für den Standort.

Wir erkennen aber selbstverständlich an, dass nicht jede Schule mit denselben Problemen konfrontiert ist. Dies darf aber kein Grund für einen intransparenten Finanzierungsmodell sein. Ganz im Gegenteil: Es braucht einen transparenten Chancenindex, in dem anhand von Faktoren wie dem Migrationsanteil unter den Schülerinnen und Schülern ein zusätzlicher Zuschuss für betroffene Standorte ermittelt wird. Auch dieser Zuschuss darf nicht zweckgebunden sein. Dem Standort bleibt es überlassen, wie er seine Mittel einsetzt.

Flächendeckende Einführung der Ganztagsschule

Die Lebenswelten und -realitäten von Kindern und Jugendlichen sind zunehmend divers. Unterschiede im sozioökonomischen, soziokulturellen und psychosozialen Hintergrund dürfen aber keineswegs zu einem Nachteil für bestimmte Schüler_innen werden. Um allen Kindern die Flügel zu heben, braucht es die Einführung einer flächendeckenden, im besten Fall verschränkten

Ganztagsschule, in der von Montag bis Freitag qualitätsvolles Lernen sichergestellt wird. Ihre genau Ausgestaltung soll aber dem Standort überlassen sein. Jedoch soll sie absolut kostenfrei sein.

Geschlechtergerechtigkeit in der Schule

Um Geschlechtergerechtigkeit in der Schule ankommen zu lassen, braucht es sowohl eine Weiterentwicklung des Lehrplans in einzelnen Fächern (Geschichte, aber auch Sportunterricht), als auch materielle Veränderungen am Schulgelände. Wir setzen uns hier unter anderem klar für Menstruationsartikel auf allen Schulklos ein. Hier gilt es auch dem Shaming von Mädchen, die diese in Anspruch nehmen, entgegenzuwirken. Das Argument der Verschwendung ist in diesem Kontext ein scheinheiliges, könnte man es doch genauso gegen die freie Ausgabe von Klopapier am Schulklo verwenden.

Zentrale Mittlere Reife: Kontrollpunkt und Orientierungshilfe

Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Nur so lässt sich garantieren, dass wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten hat. Wer die zentrale mittlere Reife nicht schafft, muss weiter darauf vorbereitet werden. Niemand sollte ohne diese grundlegenden Fähigkeiten die Schule verlassen. Sollte man mit 18. die zentrale mittlere Reife noch immer nicht geschafft haben, läuft die Schulpflicht dennoch aus.

Die zentrale mittlere Reife sollte keine reine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Sie soll also keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung, als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Freiheit: Die Oberstufe der Selbstverwirklichung

Nachdem mit der zentralen mittleren Reife ein allgemeines Niveau erreicht wurde, gilt es den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Wege zu gehen. Eine Vielzahl an Wegen soll offenstehen, um niemanden in ein enges Kästchen zu zwingen. Der Weg zur großen Abschlussprüfung darf kein Pflicht, und muss individuell sein. Um diese Individualität zu gewährleisten

muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch was sie sein will.

Freiheit für die Schule

Echte Schulautonomie

Schulautonomie beginnt mit der personellen Freiheit. Kein Team kann funktionieren, wenn es aneinander gekettet wurde. Genauso kann keine Schule wirklich gut funktionieren wenn nicht die Schule selbst, vor Ort, die Möglichkeit hat, sich die Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Wir sehen diese Freiheit bei der Direktion, hierbei soll aber ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren vor.

Mehr Freiheit für den Standort muss auch echte finanzielle Freiheit bedeuten. Es ist unerlässlich, dass das Budget des Standorts vom Standort selbst geschrieben und verabschiedet wird. Nur so kann der einzelne Standort wirklich autonom agieren.

Diese finanzielle Autonomie kann und soll aber nicht von der Direktion allein ausgeübt werden. Das Budget geht alle in der Schulgemeinschaft etwas an, und es ist ein essentieller Part des Management der Schule. Es soll also von dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) genehmigt werden müssen. Wer entscheidet, wohin das Geld fließt, kontrolliert die Schule.

Schulen sollten auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Auch dies soll im SGA entschieden werden.

Zusammenarbeitung zwischen den Schulen stärken

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essentiell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders. Hierbei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler einen Teil des Unterrichts in eine anderen (Partner-)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

Echte Kontrolle der Direktion

In unserem Modell der Schulautonomie würde die Direktion entschieden gestärkt. Damit sie nicht ihr Macht missbrauchen, wollen wir das garantierte Mandat der Direktion auf fünf Jahre reduzieren. Um den Direktor_innen dennoch die Möglichkeit zu geben, ihren Standort zu prägen, kann eine Verlängerung des Mandats durchaus sinnvoll sein. Diese Entscheidung wollen wir der Schulgemeinschaft selbst überlassen. Es soll dem SGA also möglich sein, mit einfacher Mehrheit das Mandat der oder des Direktor_in einmalig zu verlängern. Für eine Verlängerung darüber hinaus soll eine ⅔-Mehrheit von Nöten sein.

Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur_innen rund um die Schule einbindet, und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzten, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln. Wir fordern also ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die 10% der Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert_innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

<u>Freiheit für die Schüler_innen</u>

Viele Schülerinnen und Schüler sind in der Schule unterfordert, weil sie den Lehrstoff bereits verstehen und das auch bei den Prüfungen bewiesen haben. Wer eine hohe Selbstständigkeit aufweist und gute Schulleistungen erzielt, soll dem Unterricht in diesen Fächer fernbleiben dürfen. Ab einem Notenschnitt von 1,5 sollte eine solche Möglichkeit anzudenken sein. Dies bedürfte der Zustimmung der Lehrkraft, und müsste vierteljährlich überprüft werden.

Die Freiheit zu lernen, was einen wirklich interessiert

Schülerinnen und Schüler werden in ein Jahrzehnte altes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche jede Schülerin und jeder Schüler besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wieder. Wir fordern deswegen eine konsequente Flexibilisierung. Ein modulares System ist hier anzudenken. Bis auf Mathematik, Englisch und grundlegendes Deutsch, soll es den Schüler_innen überlassen sein, zu lernen, was sie wirklich interessiert.

Hierbei soll es den Schulen durchaus auch möglich sein, „Out of the box“ zu denken. Schülerinnen und Schüler müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheiden sein. Das bedeutet in der Praxis, dass man sich sowohl in der 10. Klasse als auch in der 12. Klasse zb. in den Kurs Geschichte I einschreiben könnte und diesen dann auch gemeinsam belegt würde. Die aufbauenden Kurse setzen dann logischerweise das Wissen der vorherigen Kurse voraus. Diese Methodik hat weiters den Vorteil, dass sich die Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern für einen Kurs deutlich leichter finden lässt.

Eigeninitiative fördern und nicht verurteilen

In Österreichs Schulen herrscht ein gravierender Mangel an Clubs und AGs, doch anstatt etwas daran zu ändern wird nur weiter weggeschaut. Für uns ist klar: Es muss Schülerinnen und Schülern einfacher gemacht werden, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule finanziell unterstützt werden, damit die Schülerinnen und Schülern gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schulen allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen wohin das Geld investiert wurde.

Erasmus+ verstärkt anbieten

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die europäische Union Einfluss auf das alltägliche Leben Jugendlicher nimmt, ist es essentiell, Europa in allen seinen Facetten kennenzulernen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler_innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler_innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler_innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.

<u>Matura: zentral und aussagekräftig</u>

Die standardisierte Reife- und Diplomprüfung (Matura) ist die wichtigste und entscheidendste Prüfung der Schullaufbahn. Die Matura ist für einige der Abschluss ihrer Bildung und für andere die Berechtigung zur weiteren Aus- oder Weiterbildung. Egal welchen Lebensweg man nach ihr wählt, man möchte gerecht beurteilt werden.

Zentralität

Unsere Lehrer_innen begleiten uns meist schon viele Jahre vor unserer Matura und haben sich dadurch auch eine persönliche Meinung über ihre Schüler_innen gebildet. Egal wie objektiv ein Lehrer oder eine Lehrerin versucht zu sein, wenn er oder sie den oder die zu beurteilende_n Schüler_in kennt, ist es schwierig, dass daraus eine zur Gänze faire Beurteilung entsteht. Um diese Fairness bei der Beurteilung dennoch zu gewährleisten muss die Matura von anderen Lehrkräften anonym abgenommen bzw. korrigiert werden. Langfristig sprechen wir uns für ein gesamteuropäisch harmonisierte Matura aus.

Mehr Aussagekraft

Die oftmals geforderte Miteinbeziehung der Zeugnisnoten des letzten Schuljahres lehnen wir jedoch ab, da dies subjektiven Benotungen von Lehrpersonal wieder großen Einfluss zukommen lässt und somit auch zu Nachteilen für viele Schülerinnen und Schüler führen kann – ein Umstand, der mit der Zentralmatura eigentlich überwunden werden sollte. Stattdessen fordern wir ein Benotungssystem, dass auf mehreren standardisierten und zentralisierten Prüfungen fußt, wobei dem letzte Wissenstand stets am meisten Gewichtung zukommen sollte. In unserem Modell findet also in jedem maturablen Fach am Ende des Jahres vor der Matura eine zentralisierte und anonymisierte Vorprüfung statt. Sie zählt zu einem Drittel für die Endnote, während die Endprüfung ⅔ zählt. Entscheidet man sich im letzten Jahr für einen anderen Maturagegenstand, zählt weiterhin ausschließlich die Note der Endprüfung. Darüber hinaus wollen wir allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, falls sie das wünschen, auch schon Teile der Matura am Herbsttermin zu absolvieren.

Verhältnismäßigkeit: Erleichterungen nur wenn unvermeidlich

Regelmäßig poppt die Debatte über eine Erleichterung der Matura auf. Interessanterweise kommt bei dieser Debatte nie die Angst vor einer Nivellierung nach unten, die bei anderen schulpolitischen Phänomenen reflexartig auftaucht. Wer jedoch ganze Prüfungen ausfallen lässt, steuert genau darauf zu. Die ohnehin recht beschränkte Aussagekraft eines Maturazeugnisses darf nicht aufgrund einer (Covid-)Krise weiter sinken, womit auch nationale sowie internationale Anerkennung schwindet. Statt des Ausfalls von ganzen Prüfungen fordern wir also vermehrte Unterstützungsangebote für Schüler_innen. Regelmäßiger Förderunterricht in allen maturarelevanten Fächern soll seitens der Schule angeboten und auf Wunsch gewählt werden können. Im absoluten Notfall können wir uns einzelne Stoffkürzungen vorstellen.

Epilog: Mental Health als zentrale Herausforderung

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler_innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien wie etwa jene des Departments für Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit der Donau-Universität Krems zur psychischen Gesundheit von Schüler_innen.

Laut der Studie weisen 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Burschen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf. Depressive Symptome, Angstsymptome, aber auch Schlafstörungen haben sich in den vergangenen Monaten verfünf- bis verzehnfacht.

Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass rund ein Fünftel der Mädchen und 14 Prozent der Burschen unter wiederkehrenden suizidalen Gedanken leiden. Damit denken sie entweder täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage an Selbstmord.

Hier hat die Schule eine Verantwortung. Wir setzen uns also für folgende Sofortmaßnahmen ein:

Ausbildungsoffensive bei Lehrkräften

Lehrkräfte sind die zentralen Akteur_innen der Bildungspolitik. Wenn es also darum geht, ein Bildungssystem zu schaffen, dass die mentale Gesundheit der Schüler_innen nicht belastet, muss zuallererst bei ihnen angesetzt werden.

Hier gilt es in einem ersten Schritt, Lehrkräfte durch gezielte Schulungen zu sensibilisieren, und ihnen verstärkt Kompetenz im täglichen Umgang mit der psychischen Gesundheit der Schüler_innen mitzugeben. Ein besonderer Schwerpunkt muss hier auf die Aus- und Weiterbildung von Klassenvorständen gelegt werden.

Zusätzlich müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass an jeder Schule mehrere Lehrkräfte gezielt zu sogenannten “Vertrauenslehrkräften” ausgebildet werden. Diese Lehrkräfte fungieren dann als erste Anlaufstelle für betroffene Schüler_innen. Durch solche ausgebildeten Ersthelfer_innen an den Schulen können auch die etablierten Schulpsycholog_innen entlastet werden.

Unterstützung und Ermöglichung von Projekten in den Schulen

Die Schulen sind essentielle Partner bei jeder Veränderung im Bildungssystem. So auch hier. Schulen können vor Ort mithilfe konkreter Projekte echte Veränderung anstoßen - sei es bei der Prävention von psychischen Problemen, der Sensibilisierung der Schulpartner_innen oder auch der Hilfe für Betroffene. Schulen könnten zum Beispiel Workshops organisieren, bei denen Schüler_innen erlernen, woran sie erkennen, dass sie Hilfe brauchen und wo sie diese Hilfe am schnellsten bekommen.

Die Schulen sollten hier konkrete Hilfe zur Verfügung gestellt bekommen. Dies kann zum Beispiel durch die Publizierung von Best-Practice-Beispielen erfolgen. Auch sollten die Direktionen gezielt in Sachen psychische Gesundheit weitergebildet und sensibilisiert werden. Förderungen für Schulprojekte in Verbindung mit dieser Thematik sollten möglichst unbürokratisch angeboten werden.

Jetzt die Basis für mehr professionelle Hilfe in der Zukunft legen

Langfristig braucht es deutlich mehr ausgebildete Fachkräfte in den Schulen. Schon jetzt müssen die Rahmenbedingungen für eine starke Steigerung der Menge an Schulpsycholog_innen und - in Kooperation mit den Bundesländern - der Schulsozialarbeiter_innen gelegt werden. Hier braucht es mehr Ausbildungsplätze und ein attraktiviertes Arbeitsumfeld. Ziel ist, dass alle Schüler_innen regelmäßige Routineuntersuchungen bei Schulpsycholog_innen haben.

Landesprogramme

Landesprogramm Kärnten

Seit Jahren passiert zu wenig in der Arbeit der Landesschüler_innenvertretung Kärnten. Sie ist geprägt von fehlender Transparenz und fehlendem Engagement sich ernsthaft für die Interessen der Schüler_innen in Kärnten einzusetzen. Das Programm basiert auf unseren Grundwerten und Grundprinzipien, mit denen wir die Bildungspolitik in Kärnten stärken und verändern wollen.

<u>Transparenz</u>

Für uns ist klar, dass die Landesschüler_innenvertretung vor allem für die kärntner Schüler_innen da sein sollte. Es ist also geradezu absurd, wenn sie sich und ihre Arbeit vor denen versteckt, die sie eigentlich vertreten sollte. Dass die LSV Kärnten eine von nur zwei Landesschüler_innenvertretungen in Österreich ist, die nicht einmal über eine eigene Website verfügt, zeigt

schon, wie viel Aufholbedarf es hier gibt. Mit drei konkreten und einfach umsetzbaren Forderungen wollen wir die LSV Kärnten von einem Schlusslicht zu einem Vorreiter in Sachen Transparenz und Ehrlichkeit machen.

Website der LSV

Es braucht eine eigenständige Website, damit alle Schüler_innen einen transparenten Überblick über die Arbeit der Landesschüler_innenvertretung erhalten. Dabei ist es notwendig, allgemeine Informationen über die LSV und das Schüler_innenparlament zu kommunizieren, da die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich nicht ausreichend ist. Auf der Website sollen alle LSV Mandatar_innen sowohl veröffentlicht als auch ihre Aufgaben erklärt werden. Darüber hinaus sollte die Website über die aktuellen Events der LSV informieren und die Geschäftsordnung enthalten.

- Forderung: Erstellung einer Website durch die LSV

Bericht über Arbeit der LSV

Um die Arbeit der LSV transparenter zu gestalten, fordern wir, am Ende jedes Schulsemesters, einen Bericht über die Arbeit der LSV. Diese sollte leicht zugänglich sein und auf der Website veröffentlicht werden. Zusätzlich wollen wir, dass alle Referent_innen der LSV und die Landesschulsprecher_innen ebenfalls einen Bericht über deren Arbeit veröffentlichen müssen.

- Forderung: Bericht über Arbeit der LSV

Budget der LSV

Da die Ausgaben und Einnahmen der LSV in der Vergangenheit nicht veröffentlicht wurden, fordern wir nun ein regelmäßiges Finanzupdate auf der Website durch den/die Finanzreferent_in. Diese sollte auch die verschiedenen Sponsorings der LSV beinhalten.

- Forderung: Veröffentlichung des Budgets durch die LSV

Schüler_innenparlament

Das Schüler_innenparlament (SIP) ist ein Gremium mit kaum zu überschätzendem Potenzial. Es hat das Zeug dazu, eine selbstbewusste Stimme der kärntner Schüler_innen und ein echtes Parlament zu sein, in dem leidenschaftlich und inhaltlich gearbeitet wird. Doch allzu oft scheitert es nicht an den Delegiert_innen sondern an jenen, die das SIP organisieren: An der LSV. Sie hat es in der Hand, das SIP noch weiter aufzuwerten. Auch hier haben wir einige einfache und umsetzbare Forderungen ausgearbeitet.

Veröffentlichung beschlossener Anträge

Da es auch an Transparenz beim Schüler_innenparlament mangelt, fordern wir, dass jene Anträge, welche im Schüler_innenparlament beschlossen wurden, auf der Website veröffentlicht werden. Außerdem muss in einem Bericht, der am Ende jedes Schuljahres publiziert werden soll, beschrieben werden, was mit den jeweiligen Anträgen geschehen ist.

- Forderung: Veröffentlichung sowohl der beschlossenen Anträge als auch eines Berichtes, in welchem beschrieben wird, was mit den beschlossenen Anträgen passiert ist

3 SiPs im Jahr

Wir JUNOS Schüler_innen sind der Meinung, dass 2 SiPs pro Jahr nicht ausreichend sind. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es mindestens 3 Schüler_innenparlamente braucht, um die Vielzahl an Anträgen adäquat zu behandeln. In anderen Bundesländern wurde dies bereits umgesetzt.

- Forderung: 3 SiPs in einem Schuljahr

<u>Demokratie</u>

Schüler_innen sind im Zentrum der Mission der LSV. Als Landesschüler_innenvertretung ist es ihre große Aufgabe, die Schüler_innen nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten. Für uns ist klar, dass sie ihr Sprachroh auch dafür nutzen sollte, mehr Mitspracherecht für die Schüler_innen zu ermöglichen und einzufordern. Auch hierfür haben wir uns konkrete und umsetzbare Lösungen überlegt.

Mehr Umfragen durch die LSV

Da die LSV primär die Aufgabe hat die Schüler_innen zu vertreten, finden wir, dass es mehr Umfragen durch die LSV geben sollte. Dadurch würde sie nicht nur bekannter werden, sondern es wäre auch ein sinnvoller Akt der Kommunikation zwischen der LSV und den Schüler_innen. Die Umfragen sollen entweder auf der Website oder auf Social Media veröffentlicht werden. Darüber hinaus könnte die Schüler_innenvertretung jeder Schule eine E-Mail erhalten, in der auf die Umfrage hingewiesen wird.

- Forderung: Mehr Umfragen

Online – Briefkasten für Schülerinnen

Schüler_innen sollten die Möglichkeit haben, ihre Anliegen an die LSV weiterleiten zu können. Daher bedarf es eines Online – Briefkastens, in welchem alle Schüler_innen ihre Bedürfnisse einbringen können. Jener soll auf der Website der LSV veröffentlicht werden.

- Forderung: Online – Briefkasten durch die LSV

Direktwahl der Landesschüler_innenvertretung

Echte Demokratie ist uns JUNOS Schüler_innen ein wichtiges Anliegen. Zwar ist es nicht möglich, dass die LSV eine Direktwahl der Landesschüler_innenvetretung direkt umsetzt, jedoch kann sie sich dafür einsetzen.

- Forderung: Direktwahl der LSV

Einführung eines/einer Unterstufensprecher_in

An vielen Schulen gibt es keine_n Unterstufensprecher_in, was jedoch durchaus sinnvoll wäre, da so auch Unterstufenschüler_innen die Möglichkeit haben sich in ihrer Schule zu engagieren. Daher soll die Landesschüler_innenvertretung die SV an den Schulen unterstützen, dass ein_e Unterstufensprecher_in etabliert wird.

- Forderung: Unterstützung eines/einer Unterstufensprechers/Unterstufensprecherin

Veröffentlichung der Geschäftsordnung

Uns JUNOS Schüler_innen ist Transparenz sehr wichtig. Die LSV muss hier bei sich selbst anfangen. Damit alle Schülerinnen verstehen, wie sie funktioniert, sollte sie ihre Geschäftsordnung für alle einsehbar machen. Die LSV Niederösterreich zeigt vor, dass es möglich ist. Daher fordern wir, dass die LSV ihre Geschäftsordnung auf der Website veröffentlichen muss.

- Forderung: Veröffentlichung der Geschäftsordnung der LSV

Landesprogramm Wien

Gerade in Wien ist die Landesschüler_innenvertretung und der damit einhergehende Wahlkampf oft nicht viel mehr als ein reiner Machtkampf zwischen Rot und Schwarz bzw. Türkis. Doch eigentlich sollte die Landesschüler_innenvertretung viel mehr als das sein. Wir haben das Glück, eine gesetzliche, überschulische Vertretung zu haben, die all uns Schüler_innen vertreten sollte, doch leider rückt dieses Gesamtziel viel zu oft in den Hintergrund. Die LSV kann, soll und muss mehr machen, um eine demokratische, transparente sowie eine mündige Schule zu gewährleisten! Wir sind überzeugt, dass Bildung der Grundstein für alles ist. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir das Bildungssystem verbessern, anstatt uns mit einem Kampf der Altparteien zu beschäftigen. Am Ende sollte nur eine Gruppe gewinnen: die Schülerinnen und Schüler Wiens.

<u>Demokratie, Transparenz und Ehrlichkeit</u>

Um zu gewährleisten, dass das Vertreten und Fördern aller Schüler_innen jederzeit das Hauptaugenmerk der Landesschüler_innenvertretung bleibt, braucht es schlichtweg mehr Transparenz. Wie soll man denn von einer echten Demokratie sprechen, wenn man gar nicht weiß, an welchen Projekten unsere Repräsentant_innen monatelang arbeiten bzw. was sie tun, um uns zu vertreten? Um dem entgegenzuwirken, braucht es allenfalls Berichtspflichten der LSV, um eine wahre Vertretung zu gewährleisten.

- *Wir fordern die verpflichtende Veröffentlichung eines Jahresberichts der einzelnen LSV-Mitglieder am Ende jedes Turnus*

- *Wir fordern die Einführung einer Projektampel auf der Website der LSV. Diese Ampel soll für jedes einzelne Projekt der LSV anzeigen, ob dieses*

bereits durchgeführt wurde, in Bearbeitung ist, oder noch nicht begonnen wurde.

Der wohl wichtigste Punkt bezüglich Demokratie wurde bei den obenstehenden Forderungspunkten jedoch außenvorgelassen – das allgemeine Wahlrecht. Wie kann man guten Gewissens von einem demokratischen System sprechen, wenn sich nur Schulsprecher_innen daran beteiligen dürfen? Es kann und darf nicht sein, dass nur 0,2% aller Wiener Oberstufenschüler_innen das Privileg haben, ihre gesetzliche Vertretung auf Landesebene zu wählen.

- *Wir fordern ein Einsetzen der LSV für eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede_r Obenstufenschüler_in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratischeres System zu gewährleisten.*

<u>Mündig, verantwortungsbewusst und bereit fürs Leben</u>

Um dieses demokratische Grunddenken noch weiter zu stärken und für eine bessere Vertretung zu sorgen braucht es außerdem mehr Aufklärung über das österreichische SV-System. Es ist unfassbar schade, dass der großen Mehrheit der Schüler_innen außerhalb der SV-Bubble gar nicht bewusst ist, dass wir das Privileg haben, eine gesetzlich verankerte, überschulische Vertretung auf Landes- und Bundesebene zu haben. Eine Vertretung ist nur eine Vertretung, wenn alle wissen, dass sie vertreten werden.

- *Wir fordern, dass die LSV Kampagnen zur Vorstellung des österreichischen SV-Systems an Wiener Schulen startet, um Schüler_innen politisch aufzuklären. Dabei soll nicht nur das System erklärt werden, sondern auch wie man sich einbringen kann und was die aktuellen Forderungen sind.*

Jedoch braucht es nicht nur politische Aufklärung an Schulen, sondern Aufklärung in allen Lebensbereichen, um sicherzustellen, dass man bestens aufs Leben vorbereitet ist. Gerade bei Themen wie beispielsweise Sexualkunde, Drogen oder mentale Gesundheit, zögern Schüler_innen verständlicherweise oftmals, sich ihren Lehrkräften anzuvertrauen. Daher sollte es mehr Möglichkeiten geben, mit schulexternen Personen über jene Themen und Herausforderungen zu sprechen.

- *Wir fordern, dass sich die LSV aktiv für vermehrte Angebote externe*

Personen an Schulen zu holen, einsetzt, welche es Schüler_innen ermöglichen sollen, sich bestens auf das Leben vorbereitet zu fühlen.

Vor allem auch das Erlernen wichtiger Grundkompetenzen wie beispielsweise kritisches Denken oder Basiskenntnisse in Sachen Rhetorik sind Voraussetzungen um am politischen, aber oftmals auch, um am herkömmlichen Alltag teilzunehmen. Da die Schule der prägendste Ort für die Charakterbildung junger Menschen ist, muss hier angesetzt werden. Man sollte in der Schule bereits lernen, wie man kritisch denkt, Kritik äußert und Diskussionen führt.

Unmündig zu sein ist einfach, mündig und selberdenkend zu sein ist anstrengend, aber es lohnt sich.

- *Wir fordern, dass die LSV Workshops zu Rhetorik anbietet und sich für mehr kritisches Denken in der Schule einsetzt. Da es aber sehr viele Schulen gibt und es de facto unmöglich ist an allen Workshops anzubieten, soll sie Schüler_innenvertretungen helfen, diese Workshops in ihrer Schule durchzuführen, um die Diskussionskultur und politische Partizipation unter Jugendlichen zu fördern.*

Umfragen zur politischen Bildung

Anhand von Umfragen zu politischer Bildung soll ein momentaner Kenntnisstand ermittelt werden. Dadurch können Maßnahmen getroffen werden, die Schüler_innen auf ein notwendiges Wissensniveau bringen, dass sie im späteren Leben benötigen.

  - Wir fordern eine wienweite Umfrage zur politischen Bildung, um einen allgemeinen Wissenstand festlegen zu können.

<u>Offen, flexibel und modern</u>

Damit Schüler_innen nicht nur politisch und professionell aufgeklärt sind, sondern auch ihrer Umwelt gegenüber aufgeschlossen entgegentreten, ist es wichtig, sie auf viele wichtige Themen der heutigen Zeit zu sensibilisieren. Auch wenn vor dem Gesetz alle Geschlechter gleichgestellt sind, ist dies in der Realität immer noch viel zu selten der Fall. Bereits in Schulen, müssen Kinder und Jugendliche lernen, wieso dies aber so wichtig ist und wie man aktiv gegen Benachteiligung einzelner Geschlechter vorgehen kann. Es bringt nichts, wenn man

aus Prinzip eine Einstellung zu gewissen Themen hat, man sollte wissen warum man eine gewisse Meinung hat und diese Meinung verstehen.

- *Wir fordern, dass die LSV sich für vermehrten Aufklärungsunterricht bezüglich Gleichstellung der Geschlechter einsetzt sowie die Entwicklung konkreter Projekte für Schüler_innenvertretungen. (Workshops, Seminare,…)*

Neben der geschlechterbasierten Benachteiligung kommt es auch noch immer viel zu oft zur Diskriminierung bestimmter Minderheiten. Wir leben jedoch in einer derart globalisierten und interkulturellen Welt, dass dies längst ein Problem der Vergangenheit sein sollte. Auch hier spielt die Schule natürlich eine Schlüsselrolle in der Prävention, da sie versuchen sollte, durch interkulturelleren und aufgeschlosseneren Unterricht Präventivarbeit zu leisten. Ein Mensch ist in seinem sein frei, und muss niemanden aktiv unterstützen, aber das absolute Minimum ist die Toleranz sowie die Akzeptanz.

- *Wir fordern dass sich die LSV für mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstalten von Workshops, Seminaren oder Event einsetzt, welche Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.*

Landesprogramm Burgenland

<u>Mündigkeit</u>

Heutzutage werden Schüler_innnen mit Stoff überschüttet. Dennoch stehen sie im späteren Leben unwissend da. In Unterrichtsfächern werden zwar detailliert Informationen zur jeweiligen Materie weitergegeben, doch Themen wie Politik und Wirtschaft werden kaum behandelt. Doch genau diese zwei Faktoren sind wichtig für ein mündiges Leben. Deswegen fordern wir JUNOS Schüler_innen:

Umfragen zur politischen Bildung

Anhand von Umfragen zu politischer Bildung soll ein momentaner Kenntnisstand ermittelt werden. Dadurch können Maßnahmen getroffen werden, die Schüler_innen auf ein notwendiges Wissensniveau bringen, dass sie im späteren Leben benötigen.

- Wir fordern eine burgenlandweite Umfrage zur politischen Bildung, um einen

allgemeinen Wissenstand festlegen zu können.

Factsheets

Factsheets eignen sich gut, um schnell über Wahlen und das politische System in Österreich zu informieren. Diese sollen an Schulen geschickt und von dort aus an Schüler_innen weiter verteilt werden. Dadurch erhalten Schüler_innen die wichtigsten Informationen zu den anstehenden Wahlen gesammelt und erhalten dadurch einen besseren Überblick.

- Wir fordern, dass bei Wahlen ein Factsheet mit Information zu wichtigen Themen ausgesendet wird, das für jede_n Schüler_in zugänglich ist, um sich gewissenhaft an der Wahl beteiligen zu können.

Veranstaltungen

Auch Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen und Expert_innenrunden gewähren neue Perspektiven zu aktuellen Themen, die jeden von uns betreffen. In Gesprächen sollen Fachleute oder Politiker_innen Informationen weiter geben, die im Schulunterricht ausbleiben und auf ein mündiges Leben vorbereiten.

- Wir fordern ein Angebot an Podiumsdiskussionen und Expert_innenrunden, die auf Schüler_innen ausgerichtet sind, damit man für das spätere Leben besser vorbereitet wird und einen Einblick erhält.

Transparenz

Die Schüler_innenvertretung ist dazu da, Schüler_innen vor der höheren Instanz (Politik, Land und Bund) zu vertreten. Sie wird von den Schüler_innen gewählt und soll in ihrem Interesse handeln. Doch damit diese Arbeit übersichtlich ist und Vertrauen in die Schüler_innenvertretung aufgebaut werden kann, ist es essentiell, dass diese Tätigkeit so transparent wie möglich bewältigt wird. Um das zu gewährleisten fordern wir JUNOS Schüler_innen:

LSV Transparenz

Die Landesschüler_innenvertretung soll ihre finanziellen Ausgaben öffentlich

sichtbar machen. Sodass jede_r Schüler_in einsehen kann, wie viel für ein bestimmtes Seminar, oder eine bestimmte Podiumsdiskussion ausgegeben wurde.

- Wir fordern, dass alle finanziellen Ausgaben der Landesschüler_innenvertretung offengelegt werden.

In Zukunft sollen alle LSV-Treffen mit politischen Vertretern öffentlich angegeben werden. Schüler_innen können somit sehen wie oft und mit welchen politischen Parteien sich die LSV austauscht, um die Forderungen der Schüler_innen zu vertreten.

- Wir fordern, dass alle Termine mit politischen Vertreten für alle Schüler_innen offengelegt werden.

Ein weiterer Punkt, der die LSV transparenter gestalten soll, ist die Veröffentlichung der positiv abgestimmten Anträge vom Schüler_innenparlament. Dadurch können Schüler_innen sehen, welche Forderungen demokratisch abgestimmt wurden, bzw. wie sie abgestimmt wurden und für welche sich die LSV in Zukunft stark macht. Um die Entscheidungen im SiP nachvollziehen zu können, soll dazu auch das Protokoll veröffentlicht werden.

- Wir fordern, dass alle positiv abgestimmten Anträge des Schüler_innenparlaments sowie das Protokoll nach der Veranstaltung für alle Schüler_innen veröffentlicht werden.

SV-Aufklärung

Doch damit die SV überhaupt transparent seien kann, muss deren Konstrukt von jeder und jedem verstanden werden. Darum ist es wichtig, dass Aufklärungsarbeit geleistet wird und Informationen bereitgestellt werden.

Durch eine LSV-on Tour können Informationen direkt von der LSV an die jeweilige SV bzw. die Schüler_innen einer Schule übergeben werden, indem jede Schule von einer_m Landesschüler_innenvertreter besucht wird.

- Wir fordern eine LSV-on Tour, in der jede Schüler_innenvertretung persönlich oder digital über das SV-System aufgeklärt wird.

Außerdem sollen durch Factsheets wichtige Informationen zur SV an jede Schulstandort geschickt werden, um weitere Aufklärungsarbeit zu ermöglichen.

- Wir fordern ein Factsheet, das für jede_n Schüler_in zugänglich ist, auf welchem das SV-System erklärt wird.

Auch in Videos, die für jede_n Schüler_in zugänglich sind, sollen die Funktionen und den Aufbau der SV noch einmal deutlich erklären, sodass für jede Person das Konstrukt SV und dessen Vorteile erläutert werden.

- Wir fordern Aufklärungsvideos, welche auf Social Media hochgeladen werden, die das SV-System erklären.

Landesprogramm Salzburg

Präambel

Ideologische Grabenkämpfe, kaum Einsichtmöglichkeiten und wenig Mut für Neues prägten in den letzten Jahren die Arbeit der Salzburger Landesschüler_innenvertretung. Doch eigentlich sollte klar sein: Das Potenzial der LSV ist noch lange nicht ausgeschöpft. Alle Schüler_innen Salzburgs haben das Recht, partizipativ bei der Verbesserung des Bildungssystems teilzuhaben, Einsicht in die Arbeit der LSV zu nehmen und eigene Projekte umzusetzen. Mit diesem Landesprogramm wollen wir einen Rahmen bieten, der die LSV zu dem macht, was sie eigentlich sein soll - die transparente, demokratische und partizipative Vertretung aller Salzburger Schüler_innen.

Transparenz

Als gesetzlich gewählte Vertretung aller Schüler_innen Salzburgs hat die Landesschüler_innenvertretung die Aufgabe, Einblick in ihre Arbeit zu gewähren. Davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Weder eine eigene Website, wie es sie in anderen Bundesländer bereits seit langem gibt, noch eine transparente Auflistung der Einnahmen und Ausgaben, wurde bisher umgesetzt. Das verunmöglicht es einzusehen, was unsere Vertreter_innen in unserem Namen eigentlich fordern.

Es geht aber auch anders: Durch konsequent umgesetzte Berichtspflichten der einzelnen Referent_innen im Rahmen eines Jahresberichts sowie durch

regelmäßige Updates auf einem Blog wird das Wirkungspotenzial der LSV zunehmend sichtbar. Denn: Wer seine Arbeit gut macht, hat nichts zu verstecken.

- Wir fordern, dass die LSV am Ende des Schuljahres einen Jahresbericht bzw. Berichte der einzelnen Referent_innen veröffentlicht. Diese müssen noch vor den LSV-Wahlen im Juli publik gemacht werden.

- Weiters fordern wir, dass die Salzburger LSV eine Website aufsetzt, auf der jeden Monat ein Update zur Arbeit im Rahmen eines Blogs veröffentlicht wird.

In Zeiten von Korruption wird ein transparenter Umgang mit Geld immer wichtiger. Das gilt auch für die LSV. Auf der Website soll deshalb eine Transparenzdatenbank veröffentlicht werden, in der jegliche Einnahmen und Ausgaben ersichtlich sind. Das schließt Spenden selbstverständlich mit ein. Am Ende des Jahres muss diese von einem unabhängigen Gremium überprüft werden.

- Wir fordern, dass die LSV all ihre Einnahmen und Ausgaben im Rahmen einer Transparenzdatenbank offenlegt.

Schüler_innenparlament

Das SIP ist eine der wenigen Möglichkeiten, bei denen sich Schüler_innen produktiv und nachhaltig für ein besseres Bildungssystem einsetzen können. Dazu zählt auch das Erweitern und Abändern von bereits eingereichte Anträgen. Doch auch der kreativste Mensch braucht Zeit zum Nachdenken, was und wie man Schule verbessern kann.

- Darum fordern wir, dass die LSV die Antragsmappe fünf Tage vor dem SIP veröffentlicht.

Was tatsächlich beim SIP beschlossen wurde, ist den meisten Schüler_innen unbekannt. Auch die Frage, was mit beschlossenen Anträgen passiert, bleibt oft unbeantwortet. Es ist jedoch essenziell, dass die LSV Aufschluss über die Weiterreichung und Umsetzung von positiv abgestimmten Anträgen gibt. Außerdem sollten SIPs leichter und zeitgemäßer zugänglich sein.

- Wir fordern, dass die LSV beschlossene Anträge auf der Website inklusive Status (umgesetzt, vertagt, usw) veröffentlicht.

- Weiters fordern wir, dass die LSV nach den Gesprächen mit den Bildungssprecher_innen ein Fazit im Hinblick auf die besprochenen Anträge des SIPs veröffentlicht.

- Außerdem fordern wir, dass das SIP auf Instagram gestreamt wird, um die Zielgruppe adäquat zu erreichen.

Demokratie und Partizipation

Es ist schwer, die Wünsche, Ideen und Meinungen aller Schüler_innen zu erheben und dann als Schüler_innenvertreter_in auch umzusetzen. Was dabei hilft, ist ein schulinternes Schüler_innenparlament - die Umsetzung eines solchen birgt jedoch einige Tücken.

- Wir fordern deshalb, dass lokale Schüler_innenvertretungen bei der Organisation von internen SIPs und Podiumsdiskussionen seitens der Landesschüler_innenvertretung unterstützt werden.

Kaum ein_e Schüler_in kennt die LSV, die einzelnen Referent_innen und deren Aufgaben, welche meist sehr undurchsichtig sind. Es ist schwer, sich an zuständige Personen zu wenden, wenn diese unbekannt sind - dadurch bleiben viele viele Möglichkeiten zur Verbesserung des Schulsystems auf der Strecke!

- Deshalb fordern wir, dass sich die LSV verpflichtend allen Schülerinnen und Schülern Salzburgs präsentiert, und ihnen die Möglichkeit gibt, sich an sie möglichst niederschwellig wenden zu können.

Die Salzburger Landesschüler_innenvertretung besteht in jedem Bereich aus fünf aktiven und fünf passiven Vertreter_innen. Obwohl auch die passive LSV gesetzlich gewählt ist, wird sie bisher meist kaum miteinbezogen. Dadurch geht viel Arbeitskraft und Motivation verloren.

- Wir fordern, dass die passive LSV zu angemessenen Teilen in die Arbeit der

aktiven Landesschüler_innenvertretung eingebunden wird.

Unser Projekt: E-Sport für alle ermöglichen

Das Interesse am E-Sport ist in Österreich in den vergangenen zwei Jahren stark gestiegen, weshalb wir JUNOS Schüler_innen Salzburg uns zur Aufgabe gemacht haben, genau dieses Begabung zu fördern. Solch eine Gelegenheit fördert auch die Kommunikation zwischen verschiedenen Schulen und es entstehen neue Bindungen. Dabei haben wir ein Konzept entwickelt, welches den Jugendschutz beinhaltet. Es wird alles streng kontrolliert, damit E-Sport auch richtig ausgeführt wird. Dieses Event wird von Schüler_innen für Schüler_innen betrieben. Dadurch kommen wir zur Forderung:

- Wir fordern, dass sich die LSV für eine Schul-E-Sport Landesmeisterschaft pro Schuljahr für zwei ausgewählte Spieltitel einsetzt.

Bei Interesse der jeweiligen Schulen soll die LSV lokale Schüler_innenvertretungen dabei unterstützen, das Freifach “E-Sport” zu implementieren. Dieses wird erfordert, um die Teamfähigkeit der interessierten Schüler_innen zu fördern. Dadurch lernen sie auch, miteinander konstruktiver umzugehen. In diesem Freifach wird nicht nur gespielt, sondern es wird auch Organisatorisches geklärt. Empfohlen sind mindestens eine Stunde Theorie/Strategie/Team-Building und zwei bis vier Stunden Online-Training. Das Online-Training erfolgt am Abend zuhause bei den Spieler_innen.

- Wir fordern, dass die LSV Schüler_innenvertretungen bei Interesse bei der Implementierung eines E-Sport Freifaches unterstützt.

Dadurch, dass das Interesse an E-Sport in Österreich so gewachsen ist, wäre es notwendig, genau für diesen Bereich ein_e Referent_in in der LSV zu haben. Diese_r vertritt die Implementierung von E-Sport an den jeweiligen Schulen.

- Wir fordern eine_n E-Sport-Referent_in in der LSV, welche_r passiv oder aktiv sein kann.

Landesprogramm Tirol

Präambel:

Wir leben in der bewegtesten Zeit seit langem (man denke nur an die Debatten rund um die Matura oder die Schließung von Schulen), deshalb liegt es jetzt an uns etwas zu verändern - einen Unterschied zu machen und in unseren Schule wirklich etwas weiter zu bringen. Daher haben wir uns dazu entschieden dieses Jahr den Fokus auf Aspekte zu legen, die nachhaltig und langfristig Verbesserung erleichtern, beschleunigen und teilweise erst ermöglichen. Denn nur dadurch können wir uns endlich auf das nächste Levə katapultieren!

Transparenz und Demokratie

Ein Schlagwort, mit dem oft bedeutungslos um sich geworfen wird, obwohl es eigentlich eine sehr wichtige Bedeutung hat. Denn je transparenter ein System aufgebaut ist, desto mehr weiß jede_r auch über dessen Inhalte und Möglichkeiten, aber auch Problematiken und deren Bekämpfungsmöglichkeiten Bescheid. Dies ermöglicht erst eine gemeinsame, praktische und zielgerichtete Weiterentwicklung.

Transparenz und Demokratie in der Landeschüler_innenvertretung

Wir wünschen uns eine Schule in der, wenn jemand “LSV” sagt, man nicht als Antwort “Gesundheit” hört - In der man über die Tätigkeiten der LSV nicht nur Bescheid weiß, sondern auch mit eingebunden wird, was ein gesteigertes Interesse erst ermöglicht.

Aber leider verhindern manche Punkte diese Vorstellung noch:

- Zum einen wird die LSV nur von einer Person an der Schule gewählt, ein nicht nur undemokratisches, sondern vor allem auch nicht repräsentatives System. Außerdem hindert dies natürlich auch die Bekanntheit der LSV, da man sie nicht direkt wählen kann.

- Andererseits, um dieses Wahlrecht erst kompetent ausüben zu können, bräuchte es auch eine bessere Kommunikation zwischen Schüler_in und LSV. Allerdings kommuniziert die LSV fast exklusiv mit der aktiven SV, obwohl sie eigentlich alle vertreten sollten. Es fehlt der Dialog zwischen LSV und Schüler_innen. Außerdem ist ein Wortloses Abtreten am Ende der Amtszeit unserer Meinung nach auch nicht Sinn der Sache.

- Demokratien funktionieren nur, wenn man deren Gremien auch tagen lässt. Schüler_innenparlamente finden allerdings teilweise nur einmal im Semester statt und behandeln dabei nur einen Bruchteil ihrer Tagesordnungspunkte.

- Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Schüler_innen der Oberstufe ein aktives Wahlrecht haben.

- Jedes Mitglied der LSV soll am Ende ihrer Amtszeit Rechenschaft in Form eines Berichtes ablegen und ein Referat für Kommunikation mit Schüler_innen soll geschaffen werden.

- Pro Semester sollen mindestens zwei Schüler_innenparlamente stattfinden.

Transparenz in der Schule

Aber was für die LSV gilt, gilt auch für die Schule. Wir stellen uns eine kooperative und transparente Umgebung in den Schulen vor, in der wir uns weiterbilden und gegenseitig unterstützen können. Doch dem stehen leider noch zwei essentielle Problematiken im Weg:

- Feedback ist und war schon immer eine heikle Angelegenheit, einerseits sind meist Repressalien zu befürchten, andererseits bietet sich selten oder überhaupt nie die Gelegenheit dazu.

- In vielen Fällen gleichen Noten einer Art Blackbox und können in Fällen schwer nachvollziehbar sein.

- Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die LSV ein einheitliches und leicht auswertbares Feedback System fordert, bei dem am Ende jedes Semesters jeder Lehrkraft Feedback gegeben wird.

- Wir verfolgen die Bestrebung, dass Noten detailliert online abrufbar sind.

Neutrale Schule

Zu einer neutralen und ausgeglichenen Schule gehört auch eine neutrale Klasse, in der alle Religionen gleich wertgeschätzt werden.

Religiöse Symbole hängen allerdings nach wie vor in den meisten Klassenräumen an den Wänden. Deshalb ist es elementar diesen Missstand zu bereinigen und sie aus unseren Klassen zu entfernen. Nageln wir die Schule nicht ans Kreuz, sondern schaffen wir eine faire Lernumgebung!

- Infolgedessen setzen wir uns dafür ein, dass die LSV die Entfernung montierter religiöser Zeichen (Kreuzen) aus Klassenzimmern fordert.

Schüler_innenvertretung

Viel zu oft werden frisch gewählte SVler_innen einfach ins kalte Wasser geworfen und brauchen daher eine Eingewöhnungszeit. Etwas das eigentlich leicht vermeidbar wäre. Deshalb bräuchte es sobald man wählbar ist, bzw. in der 5. ist, Informationen über die Kompetenzen, Zuständigkeiten und Möglichkeiten der SV.

- Die LSV sorgt mittels Erklärvideos und einer LSV on Tour für mehr Aufklärung der Schüler_innen über die Schüler_innenvertretung.

Weil's nicht wurscht ist

Um sich auch schulübergreifend vernetzen zu können und sich mit anderen Schüler_innenvertreter_innen kurzzuschließen braucht es ein lockeres Zusammenkommen.

- Die LSV veranstaltet am Ende des ersten Semesters einen Ball für Schüler_innenvertreter_innen.

Landesprogramm Steiermark

Transparenz

Transparente LSV

Die LSV sollte die Vertretung aller steirischen Schüler_innen sein. Doch viel zu viele Schüler_innen wissen nicht, was ihre Vertretung eigentlich macht. Das muss sich ändern. Wir JUNOS Schüler_innen setzen uns für eine transparente LSV ein. Wir wünschen uns eine LSV in der die Finanzen kein Geheimnis, sondern offen einsehbar, sind. Außerdem ist es uns wichtig, mit unseren Projekten und Ideen eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen und dass schaffen wir nur, indem wir frühstmöglich über anstehende Projekte informieren.

- Erstellung eines Jahresplans/Kalenders, in dem die LSV alle Projekte frühestmöglich bekanntgibt, damit Schüler_innen informiert werden, was geplant und umgesetzt wird. Die LSV soll ihre Finanzen, für alle einsehbar, auf der LSV-Website dokumentieren.

(L)SV-Aufklärung

Transparenz allein ist jedoch kein Wundermittel. Es braucht mehr Aufklärung über das gesamte SV-System. Schüler_innen müssen das ganze Schuljahr über täglich die Möglichkeit haben, auf Informationen rund um ihre Vertretung zugreifen zu können - eine Option zur Realisierung dieser Vorstellung ist die Erstellung und Veröffentlichung von Aufklärungsvideos.

- Einrichtung einer LSV-Videoplattform, auf der die Schüler_innen laufend Zugriff zu Aufklärungsvideos bezüglich der SV, LSV und BSV haben.

SIP-Anträge

Das Schüler_innenparlament ist ein wichtiges Gremium im Bereich der Schüler_innenvertretung. Jedes Jahr treffen sich Schüler_innenvertreter_innen aus der gesamten Steiermark und beschließen bildungspolitische Anträge. Doch was passiert eigentlich mit den positiv abgestimmten Anträgen? Auch hier ist mehr Transparenz gefragt. Die LSV soll Schüler_innen auf dem Laufenden halten, wie es mit den Anträgen weitergegangen ist.

- Auf der Website der LSV sollen laufend Updates gepostet werden, was mit den positiv abgestimmten SIP-Anträgen passiert ist.

Mündigkeit

Politische Bildung

In der Schule lernt man Vieles, ob man alles wirklich braucht, sei dahingestellt. Doch was man definitiv braucht um ein mündiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können ist ein grundlegendes politisches Verständnis. Wir JUNOS Schüler_innen wollen uns dafür stark machen, dass bereits in der ersten Klasse jeder Oberstufe der politische Wissenstand der Schüler_innen ermittelt wird. Nachdem der Wissenstand festgestellt wurde, können Lehrkräfte den Schüler_innen gezielt das politische Wissen mitgeben, dass ihnen noch fehlt.

- Die LSV soll mittels einer großen Umfrage den Wissensstand der Schüler_innen im Bereich politische Bildung ermitteln.

Demokratie

Direkte LSV-Wahlen

Nach wie vor wird zahlreichen Schüler_innen das direkte Wahlrecht ihrer LSV verwehrt. Wir JUNOS Schüler_innen werden nicht aufgeben und uns weiterhin für ein demokratisches Wahlsystem einsetzen.

- Die LSV muss sich für ein direktes Wahlsystem einsetzen.

SIP-Geschäftsordnung

In der SIP-Geschäftsordung sind die „Spielregeln“ des Schüler_innenparlaments verankert. Besonders aussagekräftig sind diese „Spielregeln“ allerdings nicht. Nach wie vor kann die LSV die Geschäftsordung beliebig in einer internen Sitzung abändern – dem wollen wir JUNOS Schüler_innen ein Ende bereiten. Nicht um sonst gibt es bei jedem Schüler_innenparlament die Möglichkeit GOAnträge einzubringen. Auch die LSV soll für ihre Änderungen davon Gebrauch machen müssen. Außerdem soll sich auch die LSV an die Geschäftsordung halten. Es gab schon Fälle, in denen sich die LSV nicht an ihre eigenen Regeln gehalten hat – auch dem muss ein Ende gesetzt werden.

- Die SIP-GO darf nur mehr beim SIP abgeändert werden und nicht in internen LSV-Sitzungen. Es muss kontrolliert werden, dass sich auch die Mitglieder der LSV an die SIP-GO halten. Ausnahmen dürfen nicht zugelassen werden.

Freiheit

Schüler_innenautonomie

In den letzten Jahren mussten wir aufgrund der Corona-Pandemie einen großen Teil unserer Freiheit aufgeben. Wir JUNOS Schüler_innen legen nun viel Wert darauf, den Schüler_innen noch mehr Freiheit zurückzugeben, als sie verloren haben – zumindest in der Schule. Leider ist, durch die Pandemie bedingt, auch ein großer Teil der Motivation von Schüler_innen verloren gegangen. Wir brauchen daher Konzepte, die den Ehrgeiz erneut wecken. Schüler_innen sollen daher ab einem Notendurchschnitt von 1,5 von diversen Schulzwängen befreit werden und eine geringere Anwesenheitsquote erfüllen müssen. Die dadurch gewonnene Zeit kann dann zur individuellen Selbstverwirklichung genutzt werden.

- Schüler_innen sollen die Möglichkeit haben, bei guten Leistungen von Schulzwängen befreit zu werden. Die Aufgabe der LSV ist es, dieses Konzept vor politischen Vertreter_innen zu bewerben.

Landesprogramm Oberösterreich

Präambel:

Während viele Bereiche unseres alltäglichen Lebens ständig erneuert werden, verharrt das oberösterreichische Schulsystem auf veralteten Normen und Prinzipien. Um auch in den Schulen auf dem neuesten Stand zu sein, braucht es kreative und neue Ansätze zur Aufwertung des Schulalltages. Nun ist es die Aufgabe von uns Schülerinnen und Schülern, das Schulsystem nachhaltig zu verbessern.

Transparenz

Nachvollziehbare Reihung der Anträge

Das Schüler_innen Parlament ist in Oberösterreich der einzige Ort, wo jede_r Schüler_in seine eigenen Interessen vertreten kann. Um aber einen gerechten und

sinnvollen Ablauf des SiPs sicherstellen zu können, müssen auch die eingebrachten Anträge transparent und demokratisch gereiht werden. Da dies bisher nicht der Fall war fordern wir eine nachvollziehbare Abstimmung über die eingebrachten Anträge nach dem Alex Müller Verfahren. Hier können alle Teilnehmer_innen des SiPs eine bestimmte Anzahl an Punkten vergeben und daraus ergibt sich eine demokratische Reihung der Anträge.

- Die LSV soll einen Geschäftsordnungsantrag einbringen, der die demokratische Abstimmung der Anträge nach dem Alex-Müller-Verfahren fordert.

Veröffentlichung Wahlergebnis

Das Ergebnis der LSV-Wahlen ist nicht einsehbar für normale Schüler/Innen, da man von keiner Seite Informationen bekommt. Das Einzige, was derzeit sichtbar ist, sind die aktiven Landesschüler_innenvertreter_innen, aber es gibt auch eine passive LSV. Wer ist Mitglied davon, bzw. wie viele Stimmen bekam der Kandidat, dem ich meine Stimme gegeben habe? Wir fordern also die Veröffentlichung des vollständigen LSV-Wahl-Ergebnis, damit sich jeder Interessierte informieren kann, wer nun wirklich in seiner gesetzlichen Vertretung ist Außerdem ist dies ein erster Schritt in Richtung Transparenz in der LSV.

- Wir fordern die LSV dazu auf, das Ergebnis der LSV-Wahl lückenlos zu veröffentlichen.

Politisch neutral

Da die LSV die Vertretung aller Schüler_innen Oberösterreich darstellt ist es wichtig, dass diese auch politisch unabhängig agiert. Um den Einfluss von politischen Parteien in der LSV kontrollieren zu können, braucht es eine Veröffentlichung aller Aktivitäten der LSV mit politischen Organisationen. Diese Offenlegung soll für jede_n Schüler_in zugänglich sein und verständnisvoll gestaltet werden.

- Wir fordern, dass jegliche kooperation der LSV zu politischen Organisationen offengelegt wird.

Offenlegung der LSV Finanzen

Die LSV ist derzeit nicht dazu verpflichtet, ihre finanziellen Unterstützungen und Ausgaben zu veröffentlichen. Dennoch ist es unverständlich, warum die Ausgaben der LSV nicht einmal auf Anfrage im SiP veröffentlicht werden. Im Sinne der Transparenz und der Fairness ist es aber essenziell, dass alle Finanzen einsehbar sind. Nur so können die Ausgaben und Einnahmen der LSV kontrolliert und nachvollzogen werden.

- Wir fordern, dass sich die LSV dafür einsetzt, ihre Finanzen offenlegen zu dürfen und diese dann für jede_n Schüler_in offen zugänglich macht. Sollte dies rechtlich nicht möglich sein, sollte die LSV ihre Anträge auf Finanzierung an die Bildungsdirektion und die Bestätigung oder Ablehnung dieser zugänglich machen.

Mündigkeit

Factsheets politische Bildung

Schon seit Jahren fordern die Schüler_innen sowohl im SiP, als auch im öffentlichen Diskurs den Ausbau von politischer Bildung in der Schule. Da die zuständigen Behörden diesen Forderungen noch nicht nachgegangen sind, liegt die Verantwortung bei der LSV die politische Bildung an den Schulen voranzutreiben. Deshalb ist es sinnvoll, dass vor Nationalrats-, Landtags- und Bundespräsidentenwahlen Factsheets über die antretenden Parteien und Personen veröffentlicht werden. Diese Factsheets sollen anschließend an alle Schulen ausgeschickt werden, die jene dann an die Schüler_innen verteilen.

- Deshalb fordern wir von der LSV die Erstellung und Veröffentlichung von Factsheets zur politischen Information vor anstehenden Nationalrats-, Landtags-, Bundespräsidentenwahlen.

SGA-What?

Der Schulgemeinschaftsausschuss ist in Österreich ein gesetzlich verankert Instrument für die Absprache zwischen der Direktor_in, den Eltern, den Lehrer_innen und vor allem den Schüler_innenvertreter_innen. Außerhalb der Schüler_innenvertretung wissen aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler, dass es diese innerschulische Kommunikation gibt. Unserer Meinung nach hat jedoch jede Schülerin und jeder Schüler es verdient, über die Entscheidungen und Diskussionen des SGAs informiert zu werden.

Die wichtigen Angelegenheiten, die der Schulgemeinschaftsausschuss beschließt, bleiben meist im Verborgenen und für Schüler_innen uneinsichtig. Im Sinne der Transparenz und der Mündigkeit jede_r Schüler_in ist es daher die einzig richtige Entscheidung, die ohnehin mitgeschriebenen SGA-Protokolle zu veröffentlichen. Nur mit einer transparenten Offenlegung der Entscheidungen und Projekte, die von den Vertretern_innen der Schulgemeinschaft beschlossen werden, kann gewährleistet werden, dass die Schüler_innen nicht im Verborgenen verbleiben. Die beschlossenen Anträge und Projekte werden ohnehin umgesetzt, aber Schüler_innen können die Abläufe in der eigenen Schule oft nicht nachvollziehen.

- Die Protokolle der SGA-Sitzungen für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend offengelegt.

- Mehr Aufklärung in Form von Factsheets über den SGA veröffentlicht wird.

Chancengerechtigkeit

Ethik statt Religion

In Österreich gibt es die Religionsfreiheit. Diese „Freiheit“ kann aber gerade von jungen Schüler_innen nicht gelebt werden. Beim Eintritt in die Hauptschule sind die meisten der Schüler_innen noch nicht dazu bereit, sich eine umfassende Meinung über die verschiedensten Glaubensrichtungen zu bilden. Deshalb ist es unverständlich, dass dennoch die meisten von jenen in den Religionsunterricht geschickt werden. Viel sinnvoller wäre es an dieser Stelle nicht den Religionsunterricht, sondern den Ethikunterreicht verpflichtend zu machen. Ab dem 14. Lebensjahr soll dann selbst entschieden werden, ob der Religionsunterricht oder der Ethikunterricht besucht wird.

- Die LSV soll sich dafür einsetzten, dass ein verpflichtender Ethikunterreicht eingeführt wird.

- Wenn dies ausdrücklich erwünscht ist, sollte dennoch die Möglichkeit bestehen einen Religionsunterricht zu besuchen.

Berufsschulen

Verpflichtendes Französisch an Fachspezifischen Berufsschulen

In den fachspezifischen Berufsschulen und Tourismusschulen wurde der verpflichtende Französischunterreicht abgeschafft. Diese Entscheidung bringt jedoch folgenschwere Defizite in der Ausbildung mit sich. Viele der Auszubildenden können die relevanten Begriffe in der Gastronomie nicht aussprechen geschwiegenen verstehen. Darum ist es wichtig, dass an den fachspezifischen Berufsschulen das Fach Französisch wieder eingeführt wird, um optimal auf das Berufsleben vorbereitet zu werden.

- Wiedereinführung des verpflichteten Französischunterreichts in fachspezifischen Berufsschulen im Bereich der Gastronomie und Tourismusschulen.

Landesprogramm Vorarlberg

Präambel

Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Vor allem die Defizite durch die Pandemie sind allgegenwärtig. Um den Schüler_innen einen besseren Schulalltag gewähren zu können, wollen die JUNOS Schüler_innen die Bildungsstätten in das 21. Jahrhundert bringen. Wir wir das bewältigen wollen? Mit unserem Programm für die Zukunft.

Wirtschafts- und Finanzbildung

Die Teilhabe an der Wirtschaft und dem Finanzmarkt ist heute wichtiger denn je. Gerade in diesem Bereich wäre die Vermittlung von Wissen enorm wichtig, um Allen ein Leben in Eigenverantwortung und Freiheit zu ermöglichen. Leider lässt das Wissen der Schüler_innen in diesem Bereich zu wünschen übrig. Daran sind allerdings nicht die Schülerinnen und Schüler Schuld, sondern das System. Leider vermittelt die Schule den Schüler_innen nicht, wie sie eine Steuererklärung verfassen, Rechnungen bezahlen und ihr Vermögen steigern. Das muss sich ändern. Daher fordern die JUNOS Schüler_innen Vorarlberg:

- Die LSV stellt Workshops zu diesem Thema gemeinsam mit Expert_innen zur Verfügung.

- Lehrpersonen sollen an diesen Workshops ebenso teilnehmen dürfen.

- Die Landesschüler_innenvertretung setzt sich dafür ein, dass die es vor dem Pflichtschulabschluss bereits erste Erfarung mit Wirtschafts- und Finanzbildung gibt.

Transparenz in der LSV

Transparenz ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit. Die Landesschüler_innenvertretung ist als gesetzlich gewählte Vertretung den Schülerinnen und Schülern gegenüber verpflichtet, Einblick in ihre Arbeit zu gewähren. Viele Schüler_innen wissen nicht über ihre Vertretung bescheid und fühlen sich daher nicht oder nur schlecht Vertreten. Um diese Missstände zu beheben, fordern wir:

- Am Ende jeder Legislaturperiode und noch vor den LSW-Wahlen muss die LSV einen Jahresbericht veröffentlichen und den Schüler_innen gegenüber Rechenschaft ablegen.

- Die LSV muss ALLE Einnahmen und Ausgaben in einem Bericht veröffentlichen.

Schulautonomie

Mehr Freiheit – das braucht es nicht nur im Leben, sondern auch in den Schulen. Vor allem in Bezug auf den Standort und Finanzielle Ressourcen. Mit dem Standort ist auch eine finanzielle Freiheit eng verbunden. Doch die finanzielle Freiheit ist nicht nur ein Privileg der Direktion. Das Budget einer Schule geht die gesamte Schulgemeinschaft etwas an. Dies ist vor allem in Zeiten vergangener Korruptionsfälle wichtig. Das Budget muss dem Schulgemeinschaftsausschuss vorgelegt und genehmigt werden. Denn nur wer entscheidet, wohin das Budget fließt, hat echte Kontrolle. Damit die Schulen mehr Autonomie wagen können, fordern wir:

- Die LSV wird aufgefordert gemeinsam mit den Bildungssprecher_innen einen Antrag für mehr Schulautonomie zu entwerfen.

- Die LSV muss soll Ihrer rechtlichen Möglichkeiten nachkommen und mehr Initiative bei Schulbauten und deren Ausstattung zeigen, um anderweitige Bauweisen zu ermöglichen SchVG Abschnitt § 3 (1) Punkt 4

Landesprogramm Niederösterreich

Die niederösterreichische Landesschüler_innenvertretung sollte eine Vertretung aller Niederösterreichischen Schüler_innen sein. Zurzeit ist sie das nicht. Kaum jemand außerhalb der „Schüler_innenvertretung-Bubble“ kennt sie und selbst wenn, ist sie nur irgendeine Institution mit der Schüler_innenvertreter_innen direkt nicht viel zu tun haben. Das sollte sie aber nicht sein. Sie sollte in ständigem Kontakt mit Schüler_innenvertretungen sein, sie bei Projekten unterstützen und ein offenes Ohr für die Probleme von Schüler_innen haben. Mit den folgenden 6 gut umsetzbaren Forderungen wollen wir die niederösterreichische Landesschüler_innenvertretung zu einer Vertretung aller Schüler_innen Niederösterreichs machen.

Politische Bildung

Politische Bildung ist in der Schule bereits ein Pflichtfach, jedoch fehlen dabei wichtige Aspekte. Zum Beispiel wissen viele Schüler_innen nach ihrer Schulzeit nicht einmal, dass sie eine gesetzliche Vertretung hätten und können bei der Landtagswahl keine informationsbasierte Entscheidung treffen. Mit den 3 Forderungspunkten wollen wir dies ändern.

Factsheets für die Landtagswahl

Die Wahl zum niederösterreichischen Landtag steht kurz bevor, Schüler_innen bekommen in der Schule jedoch nicht die nötigen Informationen, um informiert ein Kreuz in der Wahlkabine zu setzen. Dafür soll die Landesschüler_innenvertretung Factsheets erstellen, mit allen wichtigen Informationen über die Parteien, die an der Wahl teilnehmen. Diese sollen an alle Schulen ausgesendet werden.

Daher fordern wir:

- die Erstellung und Aussendung von Factsheets mit allen wichtigen Informationen zur Landtagswahl durch die Landesschüler_innenvertretung

Podiumsdiskussionen Fördern

Podiumsdiskussionen sollten ein zentraler Teil der Diskussionskultur an Schulen sein. Doch wenn die Direktion diese, aus welchem Grund auch immer, nicht organisieren will, wird dadurch die ganze Schule benachteiligt und

Schüler_innen wichtige Erfahrungen vorbehalten. In dieser Situation sollten auch Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit bekommen Podiumsdiskussionen zu veranstalten. Dies ist jedoch mit einem enormen Aufwand verbunden, was viele Schüler_innenvertretungen davor abschreckt eine Podiumsdiskussion zu veranstalten.

Hier soll die Landesschüler_innenvertretung Unterstützung bieten. Durch ihre Erfahrungen bei der Planung großer Events, durch die Bereitstellung von Materialien und der Findung von guten Gästen für das Podium.

Daher fordern wir:

- die direkte Unterstützung von lokalen Schüler_innenvertretungen bei der Planung von Podiumsdiskussionen durch die Landesschüler_innenvertretung

Schüler_innenvertretung Aufklärung

Der Großteil niederösterreichischer Schüler_innen hat keine Ahnung, dass sie eine rechtliche Vertretung haben. Sie denken das Schüler_innenvertretung nicht mehr als die Schüler_innenvertretung an ihrer Schule ist, sie haben meist keine Ahnung welch enormes Vertretungssystem dahintersteckt und was sie mit ihrer Stimme bei der Schüler_innenvertretung-Wahl alles beeinflussen könnten.

Die Schüler_innenvertretungs-Pyramide zu erklären dauert lediglich 10 Minuten. Um das österreichische Schüler_innenvertretung-System detailreich und sinnergreifend zu lehren benötigt man nicht mehr als eine Stunde. Wäre es dann nicht logisch dies in den Lehrplan des Geschichts- und/oder Politikunterrichts zu inkludieren? Ja natürlich! Diesbezüglich ist jedoch noch nichts passiert, deswegen müssen wir dies in die eigene Hand nehmen.

Daher fordern wir:

- die Bereitstellung von Materialien für die Aufklärung über das österreichische Schüler_innenvertretungssystems auf der Website der Landesschüler_innenvertretung.

<u>Transparenz</u>

Zurzeit wissen die wenigsten Schüler_innen was die

Landesschüler_innenvertretung in ihrer Arbeit macht. Als die gesetzliche Vertretung aller Schüler_innen Niederösterreichs muss diese transparenter gestaltet werden. Damit man sichergehen und überprüfen kann, ob die Landesschüler_innenvertretung ihre Aufgabe vollständig und gewissenhaft erledigt und somit eine informierte Entscheidung bei der Landesschüler_innenvertretungswahl treffen kann. Mit den folgenden Forderungen wollen wir dies ändern.

Projektampel

Während dem Landesschüler_innenvertretung-Wahlkampf werben Kandidat_innen mit unzähligen Projekten, umgesetzt werden diese jedoch eher selten. Zusätzlich ist es für Wähler_innen sehr umständlich herauszufinden, welche Projekte tatsächlich umgesetzt wurden und welche nicht, dadurch ist eine informierte Entscheidung bei der Landesschüler_innenvertretung-Wahl unmöglich.

Eine Projektampel, in welcher vermerkt wird, welche Projekte von der Landesschüler_innenvertretung bereits umgesetzt wurden, noch in der Umsetzungsphase sind oder noch gar nicht begonnen wurde, würde die Arbeit der Landesschüler_innenvertretung transparenter gestalten und somit die Entscheidung der Wähler_innen bei der Landesschüler_innenvertretung-Wahl erleichtern.

Daher fordern wir:

- die Einführung einer offiziellen Projektampel der Landesschüler_innenvertretung Niederösterreich. Auf dieser soll der Status jedes Projekts für jeden erkennbar sein.

Landesschüler_innenvertretung Budget-Transparenz

Die meisten Schüler_innen wissen weder, zu welchem Zweck die Landesschüler_innenvertretung ihr Geld ausgibt, noch welche Einnahmen sie hat. Wir finden, auf der Landesschüler_innenvertretung Website sollte eine Transparenz-Datenbank vorhanden sein, auf der alle Einnahmen und Ausgaben zu finden sind. Auf dieser sollten alle Spenden und jede einzelne Einnahme und Ausgabe genau dokumentiert werden. Diese soll auch regelmäßig aktualisiert werden, weiters sollen die Angaben der Landesschüler_innenvertretung von einem unabhängigen Gremium jährlich auf Richtigkeit überprüft werden. Somit würde mehr Transparenz in der Landesschüler_innenvertretung vorhanden sein.

Daher fordern wir:

- eine Datenbank, die auf der Website der Landesschüler_innenvertretung zu finden sein soll, in der jede Einnahme und jede Ausgabe genau dokumentiert wird. Diese muss zusätzlich regelmäßig aktualisiert werden.

Unsere Projekte

Online-Briefkasten

Eine der wichtigsten Aufgaben der Landesschüler_innenvertretung ist es, Schüler_innen bei Problemen in ihrem Schulalltag zu unterstützen. Oft ist es jedoch eine große Hürde die Landesschüler_innenvertretung zu kontaktieren. Ein Online-Briefkasten würde dabei helfen die Hilfe der Landesschüler_innenvertretung niederschwelliger zu gestalten. Dadurch kann die Landesschüler_innenvertretung schneller und leichter Probleme erkennen, um diese effektiver zu lösen.

Daher fordern wir:

- einen Online-Briefkasten auf der Website der Landesschüler_innenvertretung.

Menstruationsartikel an jeder Schultoilette

Die Schule ist ein Ort an dem sich jeder wohlfühlen soll. Jedoch ist sie das für viele menstruierende Personen nicht. Oft ist dann auch ein Tampon oder eine Binde nicht auffindbar. Wo bekommt man jetzt Menstruationsartikel her? Diese Situation darf kein Problem mehr darstellen. Menstruationsartikel sollten, wie auch Klopapier, an jeder Schultoilette verfügbar sein.

Da dies von vielen Schulen jedoch nicht so gesehen wird, müssen hier Schüler_innenvertreter_innen einschreiten und Menstruationsartikel selbst an Schultoiletten zur Verfügung stellen. Viele Schüler_innenvertretungen haben schon ähnliche Projekte an ihren Schulen umgesetzt und somit andere Schüler_innenvertretungen bei der Umsetzung unterstützen.

Daher fordern wir:

- dass die Landesschüler_innenvertretung Informationen zur Umsetzung von Projekten, die Menstruationsartikel auf Schultoiletten bringen, bereitstellen soll. Weiters soll sie Schüler_innenvertreter_innen bei der Umsetzung eines solchen Projekts unterstützen.

Der Beschluss dieses Antrags ersetzt das Wahlkampfprogramm 2021, beschlossen von der II. Mitgliederversammlung.

Freiwillige Begründung

Dieser Leitantrag vereint sowohl die gekürzte Fassung des letzten Wahlprogramms (wobei der Corona-Epilog ersetzt bzw eingearbeitet wurde, ein Mental-Health-Epilog, das sich an unserem #mentalhealthNOW-Nationalratsantrag orientiert, eingefügt wurde und die Einleitung aktualisiert wurde), als auch die neun Landesprogramm! Nachdem hier alles entweder auf Landesebene bereits ausführlich besprochen bzw bei den letzten beiden Mitgliederversammlungen beschlossen wurde, hoffen wir auf eine zügige Debatte, damit wir rasch zu den weiteren inhaltlichen Anträge übergehen können!